

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 29 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Christel Humme, Caren Marks, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Lazar, Kerstin Andreae, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauen verdienen mehr – Gleichstellung ist Innovationspolitik

– Drucksachen 17/5038, 17/4852, 17/5821 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Nadine Schön (St. Wendel)
Christel Humme
Nicole Bracht-Bendt
Yvonne Ploetz
Monika Lazar

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Nadine Schön von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wieso nimmt die ihr rotes Handtäschchen mit ans Rednerpult?“, werden sich viele fragen. Diese rote Handtasche ist ein Symbol. Sie ist das allgemeine Symbol des Equal Pay Day. Sie ist das Symbol des heutigen Tages.

Was soll uns diese Tasche sagen? Sie soll uns erstens sagen: Auch heute, 2012, gibt es einen Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern von 23 Prozent; im ländlichen Raum, aus dem ich selbst komme, ist die Lohnlücke noch 10 Prozent größer. Sie soll uns zum Zweiten sagen: Dieser Entgeltunterschied, der Gender Pay Gap, entwickelt sich später, im Alter, zu einem Gender Pension Gap, zu einem Unterschied in der Rente von sage und schreibe 59 Prozent.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Tut mal was dagegen!)

Sie soll uns drittens sagen: Europaweit ist Deutschland mit dieser Lohnlücke führend, und zwar führend im negativen Sinn. Nur in Österreich und Tschechien gibt es eine noch größere Entgeltungleichheit als bei uns. Schließlich soll sie uns sagen: Tut etwas dagegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über 770 Gruppen in ganz Deutschland führen heute, am Equal Pay Day, unter

Federführung von „Business and Professional Women – Germany“ und mit finanzieller Förderung des Bundesgleichstellungsministeriums Aktionen zum Thema Entgeltgleichheit durch. Das ist eine großartige Leistung. (C)

(Caren Marks [SPD]: Ist das zu beklagen?)

Deshalb will ich mich ganz am Anfang bei allen herzlich bedanken, die heute diese Aktionen durchführen und für dieses wichtige Thema werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Aktionen informieren heute über die Gründe und Ursachen der Lohnlücke. Auch für uns zur Erinnerung: Der größte Teil der Lohnlücke von 23 Prozent hat objektive Gründe. Frauen fehlen in bestimmten Berufen, in bestimmten Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter, Frauen sind im Schnitt schlechter qualifiziert als Männer – noch! –, und Frauen haben außerdem mehr und längere Erwerbsunterbrechungen.

Rechnet man diese objektiven Gründen aus den 23 Prozent heraus, dann müssen wir immer noch die sogenannte bereinigte Entgeltlücke von 8 Prozent feststellen. Diese ist mit objektiven Gründen eben nicht zu rechtfertigen. Hier müssen wir subjektive Gründe annehmen und auch davon ausgehen, dass es sich um Diskriminierung handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Caren Marks [SPD]: Das ist so! – Christel Humme [SPD]: Das andere ist auch Diskriminierung!) (D)

Problematisch sind aber eben nicht nur diese 8 Prozent, sondern auch die 23 Prozent, und zwar nicht zuletzt deshalb – ich habe es erwähnt –, weil sich das im Alter zu einer Rentenlücke von mehr als 54 Prozent auswächst. Dann fehlt das Geld wirklich. Deshalb begnügen sich die Aktivistinnen und Aktivisten heute eben nicht damit, zu erklären und zu informieren, sondern sie sagen auch: Tut etwas dagegen! – Tun wir also etwas dagegen.

(Beifall der Abg. Katharina Landgraf [CDU/CSU] – Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, tut etwas dagegen!)

Dieser Appell der Aktionen – Tut etwas dagegen! – hat viele Adressaten. In diesem Jahr geht er vor allem an die Tarifparteien und an diejenigen, die in die Lohnfindung involviert sind. Es geht hier um die Frage: Wie können Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der individuellen Lohnfindung und Gewerkschaften und Unternehmen, wenn sie Tarifverträge verhandeln,

(Caren Marks [SPD]: Und Politik?)

darauf achten, dass hier keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gemacht werden? Hier muss man sich als Tarifpartei ganz bewusst die Fragen stellen: Was ist eigentlich eine angemessene Bezahlung? Wie werden wir eigentlich frauenspezifischen Tätigkeiten gerecht? Legen wir faire und vergleichbare Kriterien an? Die Tarifparteien haben hier eine ganz besondere Verantwortung.

Nadine Schön (St. Wendel)

- (A) Liebe Frau Kollegin, Sie haben gerade „Politik“ dazwischengerufen. Dazu komme ich ganz sicher noch. Mich hat es aber schon gewundert, dass Sie die Tarifparteien in Ihrem Antrag so kleinreden. Ich bin der Meinung, wir können den Tarifparteien schon zutrauen, dass sie hier ganz aktiv etwas zur Beseitigung der Entgeltungleichheit beitragen. Dass Sie den Glauben schon aufgegeben haben, finde ich wirklich schade.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der zweite Adressat des Appells ist die Gesellschaft; das sind wir alle. Wenn es nämlich so ist, dass der größte Teil der Lohnlücke – man spricht von etwa 18 Prozent – deshalb entsteht, weil Frauen häufiger und auch länger ihre Arbeitszeit unterbrechen,

(Christel Humme [SPD]: Auch das ist Diskriminierung!)

dann sind wir alle gefragt. Obwohl die Unterbrechung an sich ja nicht negativ ist und obwohl die Entscheidungen sehr oft einvernehmlich zwischen den beiden Partnern gefällt werden, bringen sie meist negative Konsequenzen mit sich, nämlich einen schlechteren Lohn beim Wiedereinstieg. Diese negativen Konsequenzen trägt allein die Frau.

Das heißt für uns und unsere Gesellschaft, dass wir diese Erwerbsunterbrechungen möglichst auf beide Partner aufteilen müssen, damit beide die Konsequenzen tragen. Mit dem Ausbau der Kitabetreuung, mit den Partnermonaten und mit dem Elterngeld unterstützen wir von politischer Seite die Familien, die genau das wollen. Ich kenne das aus meinem Freundeskreis und aus meiner Umgebung: Gerade für junge Paare ist es heute selbstverständlich, dass man die sehr wichtige, aber eben unbezahlte Familienarbeit und die bezahlte Erwerbsarbeit untereinander aufteilt. Das ist eine Form der Partnerschaft, die in Zukunft dazu beitragen wird, dass es weniger Erwerbsunterbrechungen geben wird. Das bringt auch etwas für die Schließung der Lohnlücke.

- (B) Gefragt sind auch die Unternehmen. Der Appell an die Unternehmen lautet: Seid sensibel für Entgeltungleichheit in eurem Betrieb. Das Bundesfamilienministerium bietet ja das Logib-D-Verfahren an. Das ist ein wirklich gutes Tool, mit dem man herausfinden kann, ob Entgeltunterschiede im Betrieb bestehen und wo die Ursachen liegen. Das kann ich wirklich nur jedem Unternehmen empfehlen.

Sie von der Opposition wollen hier ja ein gutes Stück weiter gehen und diese Überprüfung zur Pflicht machen. Anschließend sollen die Daten – anonymisiert –, einer staatlichen Stelle vorgelegt und von NGOs und Interessengruppen geprüft werden. Dann soll bei jedem einzelnen Unternehmen geprüft werden, ob es irgendwo in seiner Mitarbeiterschaft eine ungerechtfertigte Entgeltungleichheit gibt.

(Christel Humme [SPD]: Das wäre doch endlich ein Fortschritt!)

– Ganz ehrlich, liebe Frau Humme: Ich weiß, Sie haben ein gutes Ziel vor Augen, das ich auch unterstütze. Aber

das, was Sie vorschlagen, ist wirklich ein Bürokratiemonster. (C)

(Christel Humme [SPD]: So ein Quatsch! Denken Sie an das Bildungs- und Teilhabepaket! Das ist viel bürokratischer!)

Sie glauben doch wirklich nicht, dass die Sensibilität für dieses Thema in den Unternehmen wächst, wenn der staatliche „Big Brother“ in einem riesenbürokratischen Verfahren kommt und alle Lohnabschlüsse überprüft. Das muss man sich einmal genau anschauen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind die Vorschläge der Koalition?)

Ich bin der Meinung, damit kommen Sie keinen Schritt weiter. Sie schaffen Bürokratie. Sie schaffen auch Abwehrhaltungen in den Unternehmen, und das ist genau das, was wir nicht brauchen. Vielmehr brauchen wir auch in den Unternehmen Sensibilität für dieses komplexe Thema, und deshalb müssen wir diesen Vorschlag leider ablehnen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht doch bessere Vorschläge! Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Der Staat und die Politik können aber einiges machen. Sie können Rahmenbedingungen ändern

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Genau das machen wir jetzt!)

und viele Dinge anstoßen, die dazu beitragen, dass die Entgeltlücke geschlossen wird. Ich habe das Stichwort Erwerbsunterbrechungen erwähnt. Hierzu gibt es gute Programme des Ministeriums, etwa „Perspektive Wiedereinstieg“, „Familienbewusste Arbeitszeiten“ oder generell das Elterngeld, und auch bei den steuerlichen Rahmenbedingungen kann man etwas tun. (D)

Die Politik kann nachhelfen – Sie kennen meine Position an dieser Stelle –, dass zumindest in den Führungsetagen deutscher börsennotierter Konzerne mehr Frauen vertreten sind, und ich glaube schon, dass wir eine gesetzliche Regelung brauchen, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Ich bin der Meinung, dass diese Regelung bei Vorständen flexibel, aber bei Aufsichtsräten fest gelten sollte und dass mehr Frauen in Führungspositionen zu mehr Entgeltgleichheit führen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Staat kann mit gutem Beispiel vorangehen. Er kann beispielsweise in seinen eigenen Behörden dafür sorgen, dass die Entgeltlücke nicht so groß ist. Darüber hinaus kann der Staat auf allen Ebenen mit den gesellschaftlichen Gruppen dafür sorgen, dass das Thema eine Relevanz erhält. Bewusstseinsbildung bringt hier sehr viel, und deshalb begrüße ich das Projekt mit den Landfrauen sehr; denn es greift das wichtige Thema der Entgeltungleichheit im ländlichen Raum auf. Als Vertreterin des ländlichen Raums weiß ich schließlich, wie wichtig das ist.

Nadine Schön (St. Wendel)

- (A) All diese Initiativen seitens Staat, Gesellschaft, Unternehmen und Tarifparteien werden gemeinsam dazu beitragen, dass der Entgeltunterschied schrumpfen wird, und das muss unser aller erklärtes Ziel sein. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gleichstellungspolitik ist nichts, was wir nur für uns Frauen machen. Gleichstellungspolitik hat auch, aber nicht nur etwas mit gerechten Chancen zu tun. Nein, Gleichstellungspolitik hat auch etwas mit der Innovationsfähigkeit, mit dem Wachstum und mit der Lebensqualität einer Gesellschaft zu tun

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Gerechtigkeit!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir nicht nur etwas für die Frauen, wenn wir uns für die Beseitigung der Lohnlücke einsetzen. Wir tun etwas für ganz Deutschland.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber was tun Sie denn? – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ohne die Ministerin!)

Denken Sie heute daran, und denken Sie auch immer daran, wenn Sie eine rote Handtasche sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Kollegin Caren Marks das Wort.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Caren Marks (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die meisten von uns kommen gerade von der Kundgebung am Brandenburger Tor. Bei gutem Wetter war sie gut besucht, und das war gut.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl der Anlass kein erfreulicher ist, ist es richtig und notwendig, Flagge zu zeigen. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Ich möchte da nicht noch in 20 Jahren stehen und dafür streiten, was uns zusteht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund als auch der Deutsche Frauenrat hatten zu dieser Kundgebung unter dem Motto „Recht auf Mehr“ aufgerufen. Recht haben Sie mit „Recht auf Mehr“, nämlich dem Recht auf gleiche Bezahlung für Frauen und Männer in unserem Land.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen überhaupt nicht darüber streiten, ob eine Lohnlücke von 21,6 oder 22 oder 23 Prozent besteht. Fest steht: In kei-

nem anderen OECD-Land klafft diese Lücke so weit auseinander wie in unserem Land. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Peinlich!)

In Vollzeit arbeitende Frauen verdienen laut OECD-Studie – Herr Staatssekretär, auch Sie könnten etwas lernen –

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

bis zu 21,6 Prozent weniger als Männer. Der Durchschnitt liegt in der OECD bei 16 Prozent. Dies wurde uns erst letzte Woche wieder bescheinigt. Auch im europäischen Vergleich liegt Deutschland am unteren Ende der Skala. Damit gehören wir leider zu den Spitzenreitern bei der Diskriminierung von Frauen. Dieses Ergebnis ist nicht nur bitter. Es ist schlicht beschämend!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vor allem nicht hinnehmbar. Wir haben es hier mit einem „Prinzip ohne Praxis“ zu tun. Obwohl nämlich nach geltender Rechtslage die unterschiedliche Entlohnung von Arbeit aufgrund des Geschlechts sowohl nach nationalen als auch nach europarechtlichen Regelungen definitiv verboten ist, werden Frauen weiter diskriminiert. Der jährlich stattfindende Equal Pay Day macht dies öffentlichkeitswirksam zum Thema. Meine Geduld, die Geduld der Frauen in diesem Land und die Geduld der gesamten SPD-Bundestagsfraktion sind zu Recht am Ende.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsere auch! – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Auch die der übrigen Engagierten!)

(D)

– Und die der übrigen Engagierten natürlich auch.

(Beifall bei der LINKEN – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Jetzt kann ich auch klatschen!)

Es ist höchste Zeit, zu handeln. Handeln müsste dringend diese Bundesregierung. Handeln muss dieses Parlament.

Aber wie bei der Quote und wie bei vielen anderen Themen: Bundesministerin Schröder verschließt die Augen vor der Realität.

(Zuruf von der SPD: Wo ist sie denn?)

Aber die Augen zu schließen, verändert nicht die Realität. Das ist ein Spiel, von dem kleine Kinder überzeugt sind, dass es funktioniert: Ich schließe die Augen, und keiner sieht mich. Auch die vorhandenen Probleme sieht man dann nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es soll sich alles schön von alleine regeln. Frauen brauchen keine Quoten. Wer gut ist, kommt alleine in die Führungsetagen.

Caren Marks

- (A) Frau Schröder sieht die Quote gar als eine Diskriminierung; so in der letzten Woche zu lesen. Heutige Männer – so die Ministerin – sollen nicht ausbaden müssen, was Generationen von Männern falsch gemacht haben. – Man reiche mir ein Taschentuch.

(Christel Humme [SPD]: Ein Taschentuch reicht da nicht!)

Sie spricht gar von einer „Kollektivhaftung“. – All dies ist eine mehr als absurde Argumentation von einer Ministerin, die bis heute nicht verstanden hat, für wen sie eigentlich in diesem Land Politik machen muss.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, ich kann im Namen aller Frauen sagen:

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Und engagierten Männer!)

Besten Dank, Frau Schröder! Sie können gehen!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung fordern 87 Prozent der Befragten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. So sieht die Realität aus, eine Realität, die Frau Schröder, aber auch die gesamte Bundesregierung endlich zur Kenntnis nehmen sollten.

- (B) Fordert eine Frau heute gleiches Entgelt für gleiche Arbeit ein, so muss sie das alleine durchsetzen, individuell gegenüber ihrem Arbeitgeber. Hier hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz keine wirkliche Verbesserung gebracht. Es fehlt in unserem Land ein Instrument, das die Durchsetzung des Prinzips der gleichen Bezahlung ermöglicht. Und deswegen arbeiten wir, die SPD-Bundestagsfraktion, an einem entsprechenden Gesetz, einem Equal-Pay-Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Damit wollen wir die Unternehmen in diesem Land verpflichten, endlich für diskriminierungsfreie Entgeltssysteme zu sorgen. Dabei gilt für uns natürlich, Frau Schön: so wenig Staat und Bürokratie wie möglich, so viel wie notwendig, um diesem Gesetz zur Wirksamkeit zu verhelfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mit diesem Gesetz wollen wir notwendige Transparenz bei Entlohnungsstrukturen herstellen; denn nirgendwo wird aus der Bezahlung so ein Geheimnis gemacht wie in Deutschland. Mehr Transparenz – davon bin ich fest überzeugt – wird die versteckten Möglichkeiten der Diskriminierung abbauen. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss das Gesetz einen Weg zur Kontrolle und Durchsetzbarkeit vorgeben. Aber all dies ist machbar, wenn gewollt. Wir, die SPD-Bundestagsfraktion,

wollen dies gesetzlich ermöglichen. Im Mai wird unser Gesetzentwurf eingebracht. Seitens der Bundesregierung hingegen ist für die Frauen in unserem Land nichts gewollt. Ein deutlicheres Zeichen als die Debatte am Internationalen Frauentag in der letzten Sitzungswoche konnte es kaum geben.

Natürlich wird ein Gesetz zur Herstellung von Entgeltgleichheit nicht all die Probleme lösen, die strukturell bedingt sind. Ehegattensplitting und Minijobs, all das muss dringend reformiert werden. Aber auch der Ausbau der Betreuungsangebote muss schneller vorangehen.

Ein gutes und wirksames Instrument zur Eindämmung der Entgeltunterschiede ist auch der gesetzliche Mindestlohn, den diese Bundesregierung, auch die Arbeitsministerin Frau von der Leyen, nach wie vor nicht einführen will. Erst letzte Woche konnten wir in dem neuesten Report des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen nachlesen, dass bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro jede vierte Frau Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätte. Damit wäre schon ein guter Anfang gemacht, Frau Schröder und Frau von der Leyen. Es wäre schön, wenn beide heute anwesend wären, aber die Staatssekretäre können es ihnen ausrichten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Diese Ergebnisse haben deutlich gemacht, dass Frauen sehr viel häufiger von besonders niedrigen Stundenlöhnen betroffen sind. Knapp 5 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiteten 2010 für Stundenlöhne unter 5 Euro und 15 Prozent für unter 7 Euro. Ich frage die schwarz-gelbe Bundesregierung: Wie lange will ein wirtschaftlich gut aufgestelltes Land wie Deutschland dies seinen Arbeitnehmerinnen noch zumuten? Hier sind wir, hier ist die Bundesregierung, hier ist der Gesetzgeber gefordert.

Wenn diese Bundesregierung für Frauen nicht tätig werden will, dann wird es die SPD-Bundestagsfraktion, und ich weiß, dass die anderen Oppositionsfraktionen dies auch wollen. Wir werden Ihnen gesetzliche Lösungen vorlegen, eine nach der anderen. Denn ich will wie die anderen Frauen und viele Männer an unserer Seite nicht noch in 20 Jahren am Brandenburger Tor für Lohngleichheit streiten müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Kollegin Nicole Bracht-Bendt das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Nicole Bracht-Bendt** (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme gerade vom Infostand der FDP-Fraktion zum Equal Pay Day zurück.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Christel Humme [SPD]: Wo haben Sie den versteckt?)

Eine Frau fragte mich, warum es trotz eines Verbots im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz von 2006 in Deutschland immer noch so eine große Lohnlücke gibt und warum die Bundesregierung hier nicht mit einem Gesetz zu einem flächendeckenden Mindestlohn einen Riegel vorschiebt. Genau das ist der Vorschlag von SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP-Fraktion lehnt das aus mehreren Gründen ab.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie überraschend!)

– Hören Sie zu! – Die Lohnfindung ist Sache der Tarifpartner; einen solch massiven Eingriff in die Tarifautonomie, wie Sie es mit einer gesetzlichen Regelung vorschlagen, lehnen wir ab.

(Christel Humme [SPD]: Dahinter verstecken Sie sich immer, wenn Sie keine Lösung haben!)

Außerdem wollen wir kein neues bürokratisches Regelwerk, mit dem Sie nahezu allen Betrieben neue Regeln und Berichtspflichten aufbürden wollen. Wir als FDP-Fraktion wollen mehr Transparenz bei den Gehaltsstrukturen.

(B)

(Christel Humme [SPD]: Wie wollen Sie das hinkriegen?)

Wir setzen auf die anonyme Offenlegung von Gehältern, um die Ursachen ungerechter Bezahlung auszumachen und abzubauen. Es gibt also dasselbe Ziel; nur die Wege sind unterschiedlich.

Wir alle kennen die Fakten: Bei gleicher Qualifikation und vergleichbarer Tätigkeit liegt der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen bei 8 Prozent. Dennoch sind auch die durchschnittlich 23 Prozent, von denen so oft die Rede ist, Realität.

Das hat vor allem strukturelle Gründe. Wir müssen sehen, dass sich junge Frauen in Deutschland deutlich häufiger als in anderen Ländern nach der Geburt eines Kindes aus dem Beruf zurückziehen und ausschließlich der Familie widmen.

(Zuruf von der SPD: Warum denn? – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Das ist doch kein Argument!)

Das passiert freiwillig, und ich bin froh, dass der Gesetzgeber keine Lufthoheit über unseren Kinderbetten hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ich dachte, die FDP wäre da schon weiter!)

– Sie können ruhig lachen. – Den Frauen muss klar sein, dass jedes Jahr, das sie aus dem Beruf aussteigen, Einschnitte in ihrem Portemonnaie bedeutet. Das gilt nicht nur für die Zeit, bis sie wieder in den Beruf einsteigen, sondern auch für die Rentenzeit. Hier müssen wir ansetzen, Ursachen ausloten und Lösungen entwickeln.

(Abg. Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Eine Minute haben Sie noch!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Keine Zwischenfrage, gut.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Daher müssen wir in Deutschland noch mehr für die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf tun. Die Koalition hat hierzu schon einiges auf den Weg gebracht, zum Beispiel Initiativen für familienbewusste Arbeitszeiten für Männer und Frauen, den Ausbau der Kinderbetreuung und Programme zur Erleichterung des Wiedereinstiegs.

(Karin Roth (Esslingen) (SPD): Ach was! Ich dachte, das wäre nicht notwendig?)

(D)

Nach einer Studie der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, vbw, ist die Entgeltlücke bei jungen Frauen ohne Kinder oder mit einer nur kurzen Babypause statistisch kaum mehr nachweisbar. Das ist erfreulich, aber noch kein Grund zur Entwarnung. Die Einkommensschere öffnet sich also vor allem bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Ursache hierfür ist in erster Linie die Berufswahl von Mädchen und Frauen. Noch heute wählt ein Drittel aller weiblichen Auszubildenden aus fünf verschiedenen Ausbildungsberufen, die ihnen wenige Aufstiegschancen bieten. Insgesamt gibt es aber rund 350 Ausbildungsberufe. Deshalb müssen wir Jungen und Mädchen animieren, aus der vollen Bandbreite zu schöpfen und auch für ihr Geschlecht untypische Berufe zu wählen.

(Unruhe bei der SPD)

– Es wäre schön, wenn Sie einmal zuhören würden. Manchmal lernen auch Sie noch etwas. – Viele Mädchen haben Interesse am technischen und naturwissenschaftlichen Bereich. Das wollen und müssen wir fördern. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Schule, Elternhaus und Politik.

Für mich liegt der Schlüssel für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Transparenz der Gehaltsstrukturen, der Berufswahl sowie der optimalen Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer. Dann werden

Nicole Bracht-Bendt

- (A) solche Aktionen wie die der FDP-Fraktion heute bald nicht mehr nötig sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort der Kollegin Deligöz von Bündnis 90/Die Grünen.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Frau Kollegin Bracht-Bendt, ich wollte Ihnen eigentlich eine Frage stellen. Da Sie sie aber nicht zugelassen haben, habe ich mich für eine Kurzintervention entschieden.

Im Moment geht über Timeline von Twitter die Meldung, dass innerhalb Ihrer Fraktion die Meinung vertreten wird, der heutige Tag sei ein sinnloser Aktionstag für Frauen. Angesichts dessen, dass heute Tausende Frauen und Männer auf die Straße gehen, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen, weil Frauen, statistisch gesehen, bis zum heutigen Tag arbeiten müssen, um bei gleicher Arbeit genauso viel zu verdienen wie die Männer allein im letzten Jahr, und weil unsere Verfassung uns den Auftrag gibt, etwas gegen diese Ungerechtigkeit zu tun, möchte ich von Ihnen wissen, wie Ihre Position zu dem ist, was im Moment aus Ihrer Fraktion verläutet.

(Otto Fricke [FDP]: Sagen Sie die Namen!
Von wem denn?)

- (B) Wie können Sie als Fraktion, die die Regierung trägt, vertreten, dass die Ministerin lieber draußen die Medienvertreter anlächelt, anstatt die halbe Stunde hier im Plenum zu sitzen, mit uns zu debattieren und ein klares Wort zu äußern? Ich nenne das Wegducken vor der Verantwortung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zur Erwiderung, Frau Bracht-Bendt.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Ich weiß nicht, auf wen Sie anspielen und wer sich so geäußert haben soll. Wir waren heute mit einem Stand an der Friedrichstraße vertreten und haben uns mit dem Tagesthema befasst. Wir haben uns als Fraktion für diesen Standort entschieden. Ich denke, das ist unsere Entscheidung für die Frauen und Männer in unserem Land.

Danke.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort die Kollegin Yvonne Ploetz.

(Beifall bei der LINKEN)

Yvonne Ploetz (DIE LINKE):

(C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute ist der 23. März. Von Anfang letzten Jahres bis heute müssen Frauen arbeiten, um den gleichen Lohn zu bekommen, den die Männer allein im letzten Jahr verdient haben. Das ist ein sagenhafter Lohnunterschied von 23 Prozent, wie wir heute bereits gehört haben. Dabei sollte es doch heute hier und jetzt eine Selbstverständlichkeit sein, dass Frauen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen. Ihnen stehen die ganzen 100 Prozent zu.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Deutschland haben wir seit Jahren dieses enorme Lohngefälle. Nirgendwo in Europa geht die Lohnschere derart weit auseinander wie bei uns in Deutschland, nicht in Griechenland, nicht in Frankreich, nicht in Bulgarien und auch nicht in der Slowakei. Da muss man sich wirklich die Frage stellen, wie ernst Sie es als Regierung mit der Gleichstellung von Mann und Frau meinen.

In diesem Zusammenhang stellte die *taz* Jana Weber vor. Jana und ihr Partner sind als freiberufliche Schauspielerinnen und Schauspieler unterwegs, an Theatern in der ganzen Republik, von Düsseldorf bis Leipzig, von Hamburg bis Passau, oft zur selben Zeit im selben Stück. Immer ärgert sich Jana über ihre Verträge. Während ihr Partner 250 Euro für eine Vorstellung bekommt, erhält sie nur 200 Euro, und das nur, weil sie eine Frau ist. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Leider ist das deutscher Alltag, egal ob eine Frau Schauspielerin, Schreinerin oder Managerin ist. Das ist wirklich eine ganz bittere Bilanz. Das ist die bittere Bilanz einer Regierung, die die Mehrheit der Gesellschaft noch immer wie eine Minderheit behandelt.

Dabei haben Sie sich als Regierung vorgenommen, den Lohnunterschied bis 2020 auf 10 Prozent zu reduzieren. Ich kann Ihnen schon heute sagen: Sie werden das nicht erreichen, wenn Sie weiterhin an Ihrem Freiwilligkeits- und Selbstverpflichtungskurs festhalten.

(Holger Krestel [FDP]: Wir brauchen mehr
Zwang!)

Sie werden nicht darum herumkommen, ein echtes Gleichstellungsgesetz zu initiieren, mit dem Sie die Betriebe dazu verpflichten, gleiche Löhne für gleiche Arbeit auszuzahlen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg.
Caren Marks [SPD])

Wenn man sich das Ganze genau anschaut, sieht man, dass die Probleme tatsächlich noch tiefer liegen. Lohndiskriminierungen häufen sich im Laufe eines Frauenlebens an. Nimmt man das gesamte Erwerbsleben vom Schulabschluss bis zur Rente in den Blick, dann erkennt man, dass der Lohnunterschied nicht 23 Prozent, sondern annähernd 50 Prozent beträgt. Schuld daran sind

Yvonne Ploetz

- (A) Niedriglöhne, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Minijobs, Pausen, um die Kinder zu erziehen oder um Angehörige zu pflegen, fehlende Aufstiegschancen und das geringere Gehalt. All das kommt in vielen Frauenleben zusammen und endet in einer Rentenlücke von knapp 59 Prozent.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Auch das gehört zur Wahrheit und somit zu dieser Debatte.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Situation ändert sich schon seit Jahren überhaupt nichts. Stattdessen finde ich, wenn ich mir die Homepage equalpayday.de anschau, ein Zitat unserer Frauenministerin – ich zitiere –:

Verdienen Sie mehr? Diese Frage kann frau sich ruhig öfter stellen!

Ich persönlich finde, dass dieses Zitat gerade aus dem Munde der Ministerin, die daran schuld ist, dass wir heute schon wieder den Equal Pay Day feiern müssen, wirklich eine Unverschämtheit ist.

(Beifall bei der LINKEN – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Wir brauchen eine neue Ministerin! Da führt kein Weg dran vorbei! Es nützt nichts!)

- (B) Dabei gibt es doch zahlreiche Lösungsvorschläge, wie man den Equal Pay Day viel früher im Jahr oder bestenfalls gar nicht haben könnte:

Erstens. Streiten Sie mit uns doch endlich gegen Hungerlöhne, gegen die Armutsfalle Minijobs und gegen Armut trotz Arbeit. Jede Frau und jeder Mann muss für eine Stunde Erwerbsarbeit mindestens 10 Euro bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Stellen Sie sich doch endlich an die Seite der Alleinerziehenden und ihrer Kinder im Land. Wir haben in Deutschland eine ganz enorm hohe Kinder- und Jugendarmutsquote. Das liegt oftmals daran, dass die Mütter in einer sehr prekären Situation leben. Nur einige Vorschläge: Sie könnten ein Programm für gute Arbeit für Alleinerziehende auflegen. Sie müssen die Kinderbetreuung modernisieren und ausbauen. Nur so geht die Gleichung „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auf. Nur so hat jeder Wahlfreiheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Es fehlt Transparenz. In Norwegen und Schweden gibt es sogenannte öffentliche Verdienstlisten. Dort kann jeder nachlesen, was der Kollege verdient, was der Chef verdient und was der Nachbar verdient. Genau so etwas würde den Frauen in Deutschland wirklich helfen, Gehaltsforderungen zu stellen und Gehaltsverhandlungen zu führen. Das würde uns allen in Deutschland gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da hat die FDP Angst vor!)

(C)

– Genau. Wie vor allem, was gesetzlich geregelt wird.

Von alledem geschieht nichts. Stattdessen glänzen Sie mit Initiativen, die für die Frauenbewegung ein richtiger Ausfall sind. Das Stichwort Logib-D ist schon gefallen. Viele kennen es sicherlich nicht. Das ist ein Sammelurium von Excel-Tabellen, PDFs und Downloadmöglichkeiten im Internet. Damit soll Unternehmen geholfen werden, sich mit der Entgeltungleichheit im eigenen Betrieb auseinanderzusetzen – natürlich, wie immer, freiwillig und natürlich, wie immer, völlig erfolglosfrei.

Mit solchen freiwilligen Instrumenten beweist die Frauenministerin, die nicht hier ist, eigentlich nur eines: Ihr fehlt nicht nur der politische Biss. Sie ist frauenpolitisch ganz und gar zahnlos.

Um auf Frau Schröders Frage, ob Frauen mehr verdienen, zu antworten: Natürlich verdienen Frauen mehr – mehr Geld, mehr Anerkennung und mehr Aufstiegschancen. Eine Frauenministerin fehlt uns ganz. Wir haben ein Recht auf mehr.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Und wir haben das Recht auf eine andere Ministerin!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(D)

Das Wort hat die Kollegin Monika Lazar von Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Frauen verdienen mehr“ – so heißt der grüne Antrag, den wir heute unter anderem beraten. Es wurde von den Vorrednerinnen schon gesagt: Das Thema begleitet uns schon seit Jahren, und seit Jahren ändert sich nichts.

In der *taz* von gestern war zu lesen – ich zitiere –:

Lang und ruhig verläuft die Linie, die den Verdienstunterschied von Frauen und Männern im Verlauf der Jahre anzeigt. 1995 lag sie bei 21 Prozent, 1999 taucht sie mal kurz unter 20 Prozent, dann erhöht sie sich auf 23 Prozent – und da bleibt sie bis heute.

Nach Angaben der OECD gibt es kein anderes europäisches Land, wo das Lohngefälle so groß ist wie in Deutschland. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen hierzulande im Schnitt immer noch 21,6 Prozent weniger als Männer. Die Gehaltsunterschiede nehmen mit dem Alter zu und schwanken in den einzelnen Berufsfeldern sehr.

Manche Gründe für dieses Lohngefälle liegen in der Berufs- und Branchenwahl – das wurde vorhin schon angesprochen –, aber auch in den ungleich verteilten Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. Junge Frauen wählen ihre Ausbildung immer

Monika Lazar

- (A) noch aus einem sehr schmalen Spektrum von sogenannten Frauenberufen. Es wäre besser, wenn sie ihre Berufsmöglichkeiten breiter ausschöpften. Wir werden in einem Monat den Girls' Day haben, an dem unsere Bundestagsfraktion junge Frauen empfängt und mit ihnen diskutiert.

Aber es gibt Unterschiede, die nicht erklärbar sind. Laut WSI beträgt der Gehaltsunterschied zum Beispiel bei Informatikerinnen und Informatikern 4 Prozent, aber bei Physikerinnen und Physikern 24 Prozent; das ist einfach nicht zu verstehen.

Über die geschlechtergerechten Besetzungen von Aufsichtsräten und Vorständen haben wir hier schon häufig gesprochen. Es gibt auch gute Vorschläge der Opposition hierzu. Auch wir Grüne haben Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht. Der Aufstieg in Führungspositionen ist für Frauen immer noch viel zu schwierig. Es macht mich wütend, dass Frauen in Führungsetagen – das hat das DIW kürzlich veröffentlicht – durchschnittlich 1 000 Euro brutto weniger als Männer verdienen. Ich finde, das ist ein furchtbarer Skandal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Komplizierter wird es, wenn wir uns die unmittelbare Diskriminierung anschauen. Da besteht ein Unterschied von immer noch 8 Prozent. Das darf es in einem modernen Land wirklich nicht geben.

- (B) Wir Grüne haben vor zwei Wochen hier unseren Antrag zum Thema Entgeltgleichheit eingebracht. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz. Die Tarifverträge müssen dahin gehend überprüft werden, ob sie diskriminierende Passagen enthalten. Wir wollen, dass mit einem analytischen Bewertungssystem geprüft wird, weil das summarische Verfahren, das das Ministerium vorschlägt, nicht ausreicht.

Wir wollen, dass die entsprechenden Kompetenzen bei der Antidiskriminierungsstelle angesiedelt sind. Frau Lüders hat soeben auf der Veranstaltung am Brandenburger Tor gesagt, dass sie diese Aufgaben gern übernehmen will. Das ist wichtig. Diese Stelle muss natürlich auch personell und finanziell besser ausgestattet werden. Die Koalition hingegen nimmt der Antidiskriminierungsstelle Geld weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Wir brauchen endlich ein Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und Mitarbeitervertretungen. Weiterhin müssen ein gesetzlicher Mindestlohn und mehr branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne eingeführt werden.

Ich verstehe die Gleichstellung von Frauen und Männern als eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Gleiche Chancen und Rechte auf dem Arbeitsmarkt gehören dazu. Wir haben in den letzten Wochen sehr viel zum Thema Gleichstellung diskutiert. Wir kommen gerade von der Kundgebung des DGB und des Deutschen Frauenrats am Brandenburger Tor. Es waren fast alle Fraktio-

nen vertreten. Die FDP hat gefehlt. Ich frage mich, warum Sie zwei Straßenecken weiter stehen, allein im Schatten, (C)

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben sich an den Schatten gewöhnt!)

und warum Sie sich nicht unserer Kundgebung angeschlossen haben. Selbst die Frauenunion war da und hat eine Rednerin gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben dort mitbekommen, dass die Einschätzungen im Grunde genommen gleich sind. Ich frage mich allerdings, warum die Konsequenzen immer noch nicht gezogen werden. Wir von der Opposition machen Vorschläge. Wir vermissen aber immer noch die Vorschläge der Koalition und der Bundesregierung. Sie können sich gerne an unseren Vorschlägen bedienen, aber – darin sind wir uns alle einig – wir wollen nicht noch Jahre oder Jahrzehnte diskutieren. Deshalb meine Aufforderung: Tun Sie endlich etwas, damit Entgeltgleichheit in diesem Land endlich umgesetzt wird!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt hat die Kollegin Katharina Landgraf von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Katharina Landgraf (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am heutigen Tag der gleichen Entlohnung, Equal Pay Day, wird viel über die Ursachen des Lohnabstandes zwischen Männern und Frauen gesprochen; das haben bereits meine Vorredner ausführlich dargelegt.

(Caren Marks [SPD]: Vorrednerinnen!)

– Vorrednerinnen, Sie haben recht. –

Die Anträge, über die wir heute debattieren, sind aber bereits über ein Jahr alt: Der von der SPD stammt von März 2011 und der von den Grünen von Februar 2011. Dabei ist doch inzwischen, wie ich bei meiner Vorbereitung festgestellt habe, einiges passiert.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn?)

Wir versuchen nämlich zusammen mit den Akteuren aus der Wirtschaft, die Ursachen der Entgeltungleichheit mit konkreten Maßnahmen zu bekämpfen.

(Kerstin Tack [SPD]: Das reicht aber nicht! – Caren Marks [SPD]: Versucht und gescheitert!)

– Es ist ein Anfang. – Durch Verbesserung der Rahmenbedingungen wollen wir die Karrierechancen von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Ich möchte hier nur kurz die Initiative für familienbe-

Katharina Landgraf

- (A) wusste Arbeitszeiten, das Programm „Perspektive Wiedereinstieg“, den Girls’ Day, die MINT-Initiativen, den stetigen Ausbau der Kinderbetreuung und die Partnermonate beim Elterngeld erwähnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das alles wird dazu beitragen, das Berufswahlverfahren zu beeinflussen und Erwerbsunterbrechungen zu vermindern.

(Caren Marks [SPD]: Und im Himmel ist Jahrmarkt!)

Das sind nämlich zwei Hauptursachen – das haben Sie selbst angeführt, Frau Marks – für den Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen.

Gerade bei der Berufswahl stehen den Frauen doch jetzt alle Wege offen. Die typischen Frauenberufe wie Krankenschwester und Altenpflegerin möchte ich einmal bewusst ausklammern. Wir dürfen nämlich nicht dulden, dass der Dienst am Menschen schlechter bezahlt wird als der Dienst an Maschinen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich meine vielmehr andere Berufsfelder wie das Finanzwesen. Dort wählen Frauen zum Beispiel noch immer überwiegend den Beruf der Buchhalterin, der nur halb so gut bezahlt wird wie der des kaufmännischen Leiters. Hier ist offensichtlich noch Aufklärungsarbeit zu leisten.

(Caren Marks [SPD]: Bei der Bundesregierung, ja!)

(B)

Ein weiterer Teil der Gesamtstrategie ist die schon erwähnte Einführung von Logib-D, „Lohnleichheit im Betrieb – Deutschland“. Die Teilnahme ist freiwillig und kostenlos. Daher würde es mich freuen, wenn noch mehr Unternehmen als bisher ihre Lohnstruktur überprüfen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns überlegen, ob sich vielleicht nicht auch der öffentliche Dienst einer solchen Überprüfung stellen sollte.

(Christel Humme [SPD]: Fangen wir beim Ministerium einmal an!)

Denn auch dort kann von einer gleichen Bezahlung von Männern und Frauen nicht die Rede sein. Beamtinnen und Richterinnen verdienen rund 20 Prozent weniger als ihre Kollegen. Besonders krass sind die Unterschiede im mittleren und im höheren Dienst. Häufig dient der Hinweis auf die hohe Teilzeitquote der Frauen zur Erklärung. Das Argument zieht aber nicht; denn auch vollzeitbeschäftigte Frauen erhalten im Schnitt erheblich weniger Besoldung als Männer.

(Caren Marks [SPD]: Das nennt man Diskriminierung!)

Das liegt daran, dass Frauen in Leitungspositionen niedriger eingruppiert werden als ihre Kollegen. Auch das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: Diskriminierung ist das!)

(C)

– Da sind wir uns einig.

Anstoß zum Wandel könnte ein Gleichstellungsindex geben. Das ist ein Ranking, durch das ermittelt wird, welche Behörde die geringste Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufweist. Für die Behörden, die die oberen Plätze einnehmen, ist es eine vortreffliche Werbung, und für die Behörden, die die unteren Plätze einnehmen, wäre es sicherlich ein großer Anreiz, sich an die Spitze zu arbeiten. Gewinner sind, auf längere Sicht gesehen, auf jeden Fall die Frauen.

So groß die Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen auch ist: Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Seit 2008 ist die Lohnlücke von 28 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Das ist nicht viel, aber wenigstens etwas. Gleichzeitig ist der Verdienst der Frauen in dieser Zeit um rund 400 Euro gestiegen, während die Männer durchschnittlich nur rund 60 Euro mehr verdienen. Die Lücke schließt sich also langsam, aber stetig.

(Caren Marks [SPD]: Ja, in 100 Jahren haben wir es geschafft!)

Dennoch bleibt ein erhebliches Verdienstgefälle zwischen Frauen und Männern bestehen.

Allerdings muss man auch sagen, dass sich Frauen eher mit ihrer Lage abfinden

(Caren Marks [SPD]: Wir nicht!)

und offensichtlich mehr Angst vor Veränderungen haben. So wechseln zum Beispiel Männer erheblich öfter den Arbeitsplatz, um durch eine berufliche Veränderung Aussicht auf ein besseres Gehalt zu bekommen. Ein Lösungsansatz wäre, am Selbstvertrauen und Verhandlungsgeschick der Frauen zu arbeiten. Daran mangelt es den meisten Frauen gewaltig. Das ist auch ein Problem der jüngeren.

(D)

(Kerstin Tack [SPD]: Ach Quatsch! Also, diese Nummer „Frauen sind zu blöd“ kann es echt nicht bringen!)

– Das ist nicht blöd.

Ich möchte ein Zitat von Frau Marie von Ebner-Eschenbach anführen:

Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.

Das sollten sich die Frauen wirklich hinter den Spiegel klemmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das heißt, die Frauen sind selbst daran schuld, oder wie?)

– Das heißt nicht, sie sind selbst daran schuld, sondern: Wir alle sollten ihnen helfen, Selbstvertrauen zu finden.

Eine aktuelle Umfrage unter Studenten hat ergeben, dass die besten Studentinnen im Vergleich zu den nur durchschnittlichen männlichen Studenten quer durch alle

Katharina Landgraf

- (A) Studienfächer geringere Gehaltserwartungen zum Berufseinstieg haben.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ja, weil sie einfach wissen, was los ist!)

Das ist eine verzerrte Wahrnehmung der eigenen Fähigkeiten. Man kann es als „typisch weiblich“ bezeichnen. So sind Frauen, im Gegensatz zu Männern, dafür bekannt, das eigene Licht eher unter den Scheffel zu stellen, als mit ihren guten Leistungen hausieren zu gehen. Wer beim Gehaltspoker allerdings zu wenig fordert, verkauft sich unter Wert, und das hinterlässt beim zukünftigen Arbeitgeber keinen guten Eindruck.

(Christel Humme [SPD]: Das ist aber traurig!)

Machen wir also die Frauen stark und selbstbewusst, und jammern wir nicht herum. Das sollte auch im Interesse der Arbeitgeber liegen; denn die Wirtschaft benötigt, wie wir alle wissen, dringend gut ausgebildete Frauen. Demzufolge suchen künftige Arbeitgeber bereits an den Unis nach den besten Nachwuchskräften.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sind denn Ihre Konsequenzen?)

Auf Bewerbungsmessen sollten verstärkt Coachings für Frauen angeboten werden, in denen die eigene Position für künftige Gehaltsverhandlungen gestärkt werden kann. Eine Unterstützung von Frauen bei individuellen Lohnverhandlungen über Mentoring-Programme, Frauenlohnspiegel und anderes wird vom Familienministerium bereits koordiniert.

- (B) Aber auch bei Tarifverhandlungen der Gewerkschaften müssen Frauen intensiver mitwirken. Ich erinnere daran, dass unser neuer Bundespräsident Gauck heute auch auf die Gewerkschaften hingewiesen hat. Frauen sollten sich hier aktiver als bisher einbringen.

(Caren Marks [SPD]: Aber eine Ministerin könnte auch aktiv werden!)

Ich bin überzeugt: Das ist der richtige Weg. Selbstbewusste und geschickt verhandelnde Frauen lassen sich nicht mit einem Gehalt abspesen, das geringer ist als das, das ihre männlichen Konkurrenten schon lange bekommen – und genau das ist es, was ihnen zusteht. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist es noch nicht so weit. Arbeiten wir daran, dass es in unserem Land selbstverständlich wird!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Christel Humme von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Christel Humme (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Frau Schön, Ihrem roten Täschchen möchte ich gerne etwas entgegenhalten: Ich zeige Ihnen hier eine Lohntüte, in der mehr drin ist. Die Frauen fordern 23 Prozent mehr

Lohn. Das bringen wir nur – davon sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überzeugt – mit einer gesetzlichen Regelung zustande. Darum haben wir diesen Antrag gestellt. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen, 101 – 23 – 59,6: Wenn das die Maße eines Topmodells wären, würden Sie sicher etwas genauer hinsehen. Aber leider sind das die nüchternen Zahlen zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Seit 101 Jahren, Frau Bracht-Bendt –

(Zuruf der Abg. Nicole Bracht-Bendt [FDP])

– Sie erinnern sich, wunderbar –, seit dem ersten Internationalen Frauentag, gibt es die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. So viel zu Ihrer Überzeugung, das alles gehe freiwillig.

Wir haben heute gehört, dass die Lohnlücke 23 Prozent beträgt. Sie stagniert seit 15 Jahren auf dieser Ebene. Was viel schlimmer ist: Seit fünf Jahren gibt es in Westdeutschland eine Lohnlücke in Höhe von 25 Prozent. Das zeigt ganz deutlich, dass die Freiwilligkeit überhaupt nicht greift.

Frau Schön, wenn Sie sagen, die Diskriminierung bestehe in einer Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern von 8 Prozent, so stimme ich Ihnen zu. Aber auch in den übrigen Bereichen, in den Strukturen, findet Diskriminierung statt.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das sage ich ja! Das habe ich nicht in Zweifel gezogen!) (D)

Darum darf man an dieser Stelle nichts, aber auch gar nichts beschönigen, Frau Schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Rentenlücke beträgt – das haben einige schon gesagt – 59,6 Prozent. Das heißt, Frauen erhalten schon heute etwa 60 Prozent, also fast zwei Drittel, weniger Rente als die Männer. Lohndiskriminierung ist für viele Frauen ein direkter Weg in die Altersarmut. Wollen Sie das noch länger hinnehmen? Ich sage Ihnen: Wir wollen es nicht! Wir wollen eine gesetzliche Regelung. Diese Regelung ist uns in diesem Moment viel zu wichtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben dazu beim letzten Equal Pay Day vor einem Jahr einen Antrag vorgelegt. Dieser Antrag ist mittlerweile im Ausschuss diskutiert worden. Die Regierungsfractionen haben ihn dort abgelehnt. Gleichzeitig haben Sie ein Geheimnis daraus gemacht, wie Sie die Lohnungerechtigkeit konkret beseitigen wollen; das haben Sie auch im Ausschuss in keiner Weise offengelegt.

Frau Landgraf, glauben Sie denn wirklich, dass es reicht – genau so äußern sich immer Frau Schröder und die Kanzlerin Merkel –, den Frauen zu sagen: „Seid mutiger, geht zum Chef und fordert mehr Lohn!“?

Christel Humme

(A) (Caren Marks [SPD]: Traumtänzerin!)

Was ist denn das für eine Forderung? Das reicht meiner Ansicht nach überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Schön, glauben Sie denn wirklich, dass es ausreicht, darauf zu hoffen, dass die Unternehmen das Lohnanalyseverfahren Logib-D, das das Ministerium über das Internet zur Verfügung stellt, herunterladen und anwenden? Frau Landgraf, Sie haben gesagt, auch der öffentliche Dienst sei wichtig. Fangen wir doch einmal an, Herr Kues. Schöne Grüße an die Frau Ministerin, die heute nicht da ist!

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Die verdient mehr als er!)

Fangen wir endlich an. Wenden Sie das Lohnanalyseverfahren selber einmal in Ihrem Ministerium an und prüfen Sie, ob Sie diskriminierend oder nicht diskriminierend entlohnen. Das wäre doch ein gutes Vorbild, oder etwa nicht?

(Beifall bei der SPD)

Nur auf Freiwilligkeit zu setzen, nützt nichts.

Glauben Sie wirklich, dass es reicht, zu fordern: „Mehr Männer in die Kitas“? Glauben Sie wirklich, dann ändere sich plötzlich das Berufswahlverhalten von Männern und Frauen? Sie vernachlässigen dabei völlig die Lohnstruktur. Ich glaube, das Prinzip Hoffnung wird überhaupt nicht funktionieren.

(B)

Weil wir eben nicht auf das Prinzip Hoffnung setzen, sondern auf Tatsachen und auf Veränderungen, sind wir der festen Überzeugung: Es geht nicht anders. Wir brauchen gesetzliche Regelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darum haben wir diesen Antrag gestellt. Ich sage Ihnen: Wir werden Ihnen auch ein Gesetz vorlegen.

(Beifall bei der SPD – Caren Marks [SPD]:
Jawoll!)

Bei der Veranstaltung zum Equal Pay Day am Brandenburger Tor, wo viele von uns waren – Sie von der FDP waren leider überhaupt nicht anwesend,

(Zuruf von der FDP: Wir waren in der Friedrichstraße!)

die CDU/CSU war nur mit wenigen Personen vertreten –, haben wir viel Rückenwind für unsere Forderung bekommen. Alle Redner – bis auf eine Rednerin von der CDU – haben genau das gefordert: eine gesetzliche Regelung.

Wir haben mittlerweile auch Rückenwind aus den Ländern. Baden-Württemberg wird in der nächsten Woche im Bundesrat eine Initiative zu einem Entgeltgleichheitsgesetz einbringen. Wir haben sogar Rückenwind aus Hessen – man glaubt es nicht –, und zwar von der

CDU. Dort hat sich das Sozialministerium auf den Weg gemacht und bringt in die nächste Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz den Antrag ein, den Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Entgeltgleichheit zu beraten. (C)

Last, but not least möchte ich sagen: Ich habe mich über einen ganz bestimmten Rückenwind besonders gefreut, nämlich über den aus Europa vom letzten Dienstag.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Wahrscheinlich unterhalten sich die Männer da hinten gerade über Topmodelmaße;

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Das ist Diskriminierung von Männern! Das bringt Sie nicht weiter! – Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: War das männerfeindlich!)

sie hören zumindest nicht zu. – 72 Prozent der Abgeordneten im Europäischen Parlament haben gesetzliche Regelungen gefordert, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Quote, sondern auch auf die Beseitigung der Lohnungleichheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Christel Humme (SPD):

Ja. – Ich sage zur FDP: Von den deutschen FDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament, zwölf an der Zahl, (D)

(Caren Marks [SPD]: Zwölf zu viel!)

haben acht zugestimmt, zwei haben sich enthalten, und nur zwei waren dagegen. Ich rate Ihnen von der FDP: Tauschen Sie sich doch einmal mit Ihren europäischen Kollegen ein bisschen aus. Dann kommen Sie auch hier in unserem Parlament zu den richtigen Schlüssen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin, bitte. Sie haben Ihre Zeit weit überzogen.

Christel Humme (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Sie, die Regierung, haben sich heute mit Ihrer Nichtpolitik zur Schaffung von Gleichstellung völlig isoliert.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Sie haben sich isoliert mit Ihren Sprüchen!)

Ich sage Ihnen: Wir werden Ihnen ein Gesetz präsentieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun der Kollege Jörg von Polheim für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Jörg von Polheim (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Stunden hat an selber Stelle der neue Bundespräsident Dr. Gauck darauf hingewiesen, dass Freiheit immer wieder neu erkämpft und entdeckt werden muss. Heute möchte ich mich hier als typischer Mittelständler für die Freiheit von staatlicher Gängelung und die Förderung der unternehmerischen Handlungsfreiheit einsetzen.

(Caren Marks [SPD]: Und für die Diskriminierung von Frauen aussprechen! Super! Herzlichen Dank!)

– Sie haben eine sehr einseitige Sichtweise.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: Nein!)

– Doch!

(Caren Marks [SPD]: Erfahrung!)

Als Rückgrat unserer Gesellschaft muss der Mittelstand in seiner Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und darf er nicht durch komplizierte und überflüssige Regeln belastet werden.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: Einen Tunnelblick haben Sie!)

Der Antrag der SPD zur Durchsetzung eines Entgeltgleichheitsgesetzes widerspricht dem Gedanken der Freiheit grundlegend.

(Caren Marks [SPD]: Art. 3! Zählt für Sie nicht, oder was? – Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn für eine Vorstellung von Freiheit? – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gleichstellung der Geschlechter!)

– Ich möchte Ihnen einmal sagen: Nicht wer am lautesten brüllt, hat am meisten recht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: Nein, aber Sie müssen es verstehen!)

Die Forderung der SPD nach Erstellung von betrieblichen Entgeltberichten und der Einrichtung einer zentralen behördlichen Prüfungsstelle löst das Problem der faktischen Diskriminierung von Frauen nicht. Im Gegenteil: Es wird nur verlagert, nämlich weg von einer konstruktiven gesellschaftspolitischen Debatte über die Aufspaltung traditioneller Rollenbilder hin zur staatlichen Reglementierung und zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen.

(Beifall des Abg. Florian Toncar [FDP])

Man erhöht mit dieser Regelung nur das Frustpotenzial im Zusammenhang mit staatlich verordneter Bürokratie. Wir Liberalen lehnen diese staatliche Bevormundung ab. **(C)**

Wir treten für Chancengleichheit und für transparente Gehaltsstrukturen bei Männern und Frauen ein, für welche die Qualifikation entscheidend ist. Es mangelt auch nicht an einer Rechtsgrundlage zur Entgeltgleichheit. Denn das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz legt bereits eindeutig und umfassend fest, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist. Woran es mangelt, ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Regelung.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben! Was machen Sie da? – Gegenruf der Abg. Nicole Bracht-Bendt [FDP]: Lassen Sie ihn mal ausreden!)

– Das Ausredenlassen fällt aber schwer. – Hierzu haben wir Liberale schon verschiedene Vorschläge gemacht. So fordern wir unter anderem flexible Teilzeitmodelle, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv sind. Damit könnte die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern endlich beseitigt werden. Gerade auch in Führungs- und Leitungspositionen sind diese Arbeitszeitmodelle wichtig, um mehr Wahlfreiheit im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Pflege und Beruf zu ermöglichen.

Der aktuelle Familienbericht des Bundesfamilienministeriums greift diese Problematik auf und verweist auf ein neues Politikfeld, nämlich die Zeitpolitik. Deren Ziel ist es, eine stärkere Angleichung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit und der Lebensarbeitszeit von Frauen und Männern zu erreichen. Dies kann zum Beispiel durch stärkere Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter geschehen. Die Partnermonate des Elterngeldes sind ein besonders wichtiger Baustein der Politik der christlich-liberalen Koalition zur Überwindung der Entgeltungleichheit. **(D)**

(Caren Marks [SPD]: Das haben wir in der Großen Koalition gemacht, Herr Kollege!)

Zudem haben wir mit dem Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ die Ein- und Aufstiegschancen von Frauen nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung deutlich verbessert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt voranzutreiben, ist ein wichtiges Ziel. Wir haben sehr wohl erkannt, dass die Erwerbstätigkeit der Frauen seit Jahren kontinuierlich zunimmt. Doch eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt ist noch nicht erreicht; das wissen wir. Dabei wird deutlich, dass die faktische Gleichstellung und die Schaffung von Chancengleichheit für Frauen und Männer Aufgabe aller verantwortlichen gesellschaftlichen Akteure ist, nicht allein die der Politik.

Ich begrüße daher den Vorschlag, lokale Kooperationen von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern, um gemeinsame überbetriebliche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder einzurichten.

Jörg von Polheim

- (A) (Mechthild Rawert [SPD]: Das ist aber etwas anderes als Entgeltgleichheit! Da ist jetzt was durcheinandergelassen!)

Damit können wir unbürokratisch und ohne staatlichen Zwang eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und vermeiden so die von Ihnen, von der SPD, geforderten staatlichen Zwangsmaßnahmen.

(Caren Marks [SPD]: TÜV sind auch staatliche Zwangsmaßnahmen!)

Entgeltgleichheit ist kein rechtliches Problem, sondern eines der Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Caren Marks [SPD]: Jetzt wissen wir, warum es gut ist, wenn die FDP am Sonntag aus dem ersten Landesparlament fliegt!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Entgeltgleichheit zwischen Männern und

Frauen gesetzlich durchsetzen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/5821, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5038 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Linken angenommen. (C)

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4852 mit dem Titel „Frauen verdienen mehr – Gleichstellung ist Innovationspolitik“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung von SPD und Linken angenommen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 28. März 2012, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.35 Uhr)